

# standpunkt

# 136

vpod  bern september 2017



**Alle an die Protestaktion!**  
Montag, 11. September 2017  
16:45 – 18:00 Uhr  
Münsterplatz Bern

# Erfolg: Keine Lohnsenkung unten

Nach intensiven Verhandlungen konnten die Personalverbände verhindern, dass der Ortszuschlag abgeschafft wird. Die Lohnentwicklung wird ab 2019 etwas erhöht, dafür gibt es für alle im Lohnaufstieg weniger Leistungsprämien.

Seit 2016 ist die jährliche leistungsabhängige Lohnentwicklung halbiert. Ein externer Bericht zeigt auf, dass dies die Gleichbehandlung der Mitarbeitenden und die Konkurrenzfähigkeit des Bundes auf dem Arbeitsmarkt in Frage stellt. Der VPOD-Forderung «zurück zur höheren Lohnentwicklung» kam nun der Bundesrat in seinem Entscheid vom 28. Juni 2017 einen (kleinen) Schritt entgegen.

## Ortszuschlag bleibt

Das Finanzdepartement wollte den Ortszuschlag streichen und dafür alle Löhne um 3,5% erhöhen. Die Folge wäre: Jährlich 3'350 Franken weniger Lohn für das Reinigungspersonal und 7'650 Franken mehr in der obersten Lohnklasse. Kurz: 11'000 Franken mehr Lohnunterschied zwischen niedrigsten und höchsten Löhnen bei Bund. Dagegen hat sich der VPOD vehement gewehrt. Mit Erfolg: Der Ortszuschlag, der besonders für die unteren Lohnklassen sehr wichtig ist, bleibt bestehen.

## Weniger Prämien und Zulagen

Der Bundesrat hat beschlossen, dass Angestellte im Lohnaufstieg maximal 5% Leistungsprämien erhalten können. Aus Sicht des VPOD ist eine höhere jährliche Lohnentwicklung wichtiger als einmalige Prämien. Neu wird die Arbeitsmarktzulage auf fünf Jahre befristet und Zusatzklassen sind nur noch beschränkt möglich.

Christof Jakob

## Leistungsabhängige Lohnentwicklung

Beurteilung	Ab 2019	2016-2018	bis 2015
Sehr gut	3.0-4.0 %	2.5-3.0 %	4.0-5.0 %
Gut	1.5-2.5 %	1.0-2.0 %	2.5-3.5 %
Genügend	0.0-1.0 %	0.0-0.5 %	0.0-1.0 %
Ungenügend	-4.0-0.0%	-2.0-0.0%	-2.0-0.0%



Das im VPOD organisierte Reinigungspersonal des Bundes war bereits in den Startlöchern für eine Aktion, um den Lohnabbau bei den untersten Lohnklassen zu bekämpfen

## Rentenabbau bei Publica verhindern

Cja. Auf anfangs 2019 ist bei der Bundespensionskasse Publica eine Senkung des technischen Zinses geplant. Ohne Abfederung führt dies zu einer Renteneinbusse von 11%. Für die paar wenigen ehemaligen BundesrätInnen und Alt-BundesrichterInnen zahlte der Bund letztes Jahr 81 Mio. Franken zusätzlich in den Rententopf, damit ein Ruhegehalt von gut 220'000 Franken trotz niedriger Zinsen und höherer Lebenserwartung garantiert werden kann. Der VPOD verlangt nun auch für das «normale» Personal eine Sicherung der Renten.

Die Kassenkommission der Publica hat aus den Reserven Abfederungen für die über 60-jährigen beschlossen. Es braucht nun aber höhere Beiträge des Arbeitgebers – höhere Beiträge der Mitarbeitenden lehnt der VPOD ab – und eine hohe Einmaleinlage des Arbeitgebers. Renteneinbussen und eine Senkung des Deckungsgrades wollen wir möglichst verhindern: Die Publica soll attraktiv bleiben und nicht zum Sanierungsfall werden. Am 31. August (nach Redaktionsschluss) fanden Verhandlungen mit Bundesrat Maurer statt. Varianten mit einer Beitragserhöhung des Arbeitgebers und verschiedenen hohen Arbeitgeberbeiträgen liegen auf dem Tisch. Allen ist gemeinsam, dass die zukünftigen Renten je nach Alter und Variante um 3 bis 6% sinken würden. Die Aktiven sollen nicht mit über 820 Mio. Franken die Rentenversprechen an die Pensionierten finanzieren müssen. Der VPOD fordert, dass der Arbeitgeber diese Kosten übernimmt, so wie er es für die BundesrätInnen tut und so wie es bspw. die Schweizerische Post AG macht, die ihrer Pensionskasse für die gleichen Massnahmen CHF 500 Mio. überweist.

## Salaires et rentes

Vous trouvez les informations de cette page en français sur notre site internet [www.personnel-federal.ch/actualitees](http://www.personnel-federal.ch/actualitees)

# Stopp der bürgerlichen Finanzpolitik

Bildung, Gesundheit und Soziales sollen den Preis für die Senkung der Unternehmenssteuern zahlen. Der VPOD ruft zum Protest auf.

Die Unternehmenssteuern (USR) im Kanton Bern sollen auf das schweizerische Mittel gesenkt werden. Unternehmenssteuer? Da war doch etwas Anfang Jahr? Stimmt: Im Januar haben die Schweizer Stimmberechtigten die USRIII (Unternehmenssteuerreform 3) an der Urne massiv abgelehnt. Und obwohl noch nicht bekannt ist, wie die neue Vorlage des Bundes aussehen wird, hält die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat an der Steuerstrategie 2016 fest: Die darin vorgesehene Senkung der USR soll durch eine Änderung des Steuergesetzes umgesetzt werden. Die Folge: CHF 103 Millionen Mindereinnahmen pro Jahr! Laut Maxime des Regierungsrates müssen Steuersenkungen gegenfinanziert sein. Das klingt gut, würde «gegenfinanziert» in der Konsequenz der Regierung nicht fast ausschliesslich Entlastungsmassnahmen bedeuten. Wobei der Begriff «Entlastung» zynisch ist, bedeutet er doch nichts anderes als SPAREN! Der Handlungsspielraum des Kantons für Sparmassnahmen ist aber gering. Der grösste Teil seines 10 Mia Budgets ist durch übergeordnete Gesetze (z.B. Landwirtschaft, Krankenversicherung) gebunden. Finanziell relevant ansetzen kann er bei den Personal- und Lohnkosten, der Bildung, im Gesundheit- und Sozialwesen. Dies widerspiegelt sich im vorgelegten Sparpaket: Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF soll CHF 38.2 Mio. (2018) bis CHF 67.8 Mio. (2021), die Erziehungsdirektion ERZ CHF 7.9 Mio. (2018) bis CHF 42.7 Mio. (2021) einsparen.

## Schon wieder Abbau im Service public

Das Sparpaket beinhaltet sehr viele kleine Abbaumassnahmen, die vielleicht wenig «weh tun». In den Bereichen Bildung, Gesund-

heit (Spitäler, Langzeit und Spitex) sowie Suchthilfe- und Prävention bedeuten die geplanten Sparmassnahmen aber zum Teil gravierende Einschränkungen, Abbau von Dienstleistungen, Gefährdung von bestehenden Projekten und Verzicht bei der Umsetzung des Lehrplan 21 (siehe Interviews und Kasten Seite 4 und 5). Neu bei dieser Sparrunde ist, dass der Kanton an die Gemeinden ausgelagerte Aufgaben in die kantonale Verwaltung zurück nimmt. Für die Gemeinden führt das Paket längerfristig zu einer Mehrbelastung.

## 117 Vollzeitstellen werden gestrichen

Konsequenzen hat das «Entlastungspaket» (EP2018) auch auf das Personal: Bis 2021 gehen 117 Vollzeitstellen verloren! 65,5 Vollzeitstellen betreffen Lehrpersonen, 51,5 Vollzeitstellen die kantonale Verwaltung. Die Rücknahme von Aufgaben führt zwar zu einer Erhöhung von rund 33 Vollzeitstellen – diese fehlen dann aber in den Gemeinden. Das EP2018 wird zudem zu Stellenabbau bei subventionierten Betrieben führen.

## Politische Blackbox – die Debatte im Grossen Rat

Eine grosse Unbekannte sind die bevorstehenden Beratungen zum EP2018, zu den Änderungen im

Steuergesetz und zum Vorschlag/Aufgaben- und Finanzplan. Den bürgerlichen Parteien gehen die Massnahmen im EP2018 zu wenig weit. Sie sehen in der kantonalen Verwaltung «viel Luft» – sprich: Personalabbau und Aufgabenverzicht müssten viel weitergehen. Möglich ist auch, dass sie die Praxis der jährlichen Lohnsummenerhöhungen angreifen werden – insbesondere die 0,3% für die «Dellenkinder». Unter den vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen wurden einige in früheren Abbaupakten bereits etliche Male vom Parlament abgelehnt. Beispielsweise der Verzicht auf Beiträge an die Schülertransporte, Streichen der Beiträge an die Gartenbauschulen Oeschberg und Hünibach. Dem «Schwarz Peterli-Spiel» ist also Tür und Tor geöffnet. Der VPOD lehnt diese Steuersenkungen zu Lasten von Bildung, Gesundheitsversorgung und einer starken Sozialhilfe ab und ruft alle zur Protestaktion am 11. September auf.

Béatrice Stucki



Alle sollen sparen für die Steuergeschenke an die Reichen

# Viele Kürzungen sind «Bumerang-Massnahmen»



Bruno Erni, Geschäftsführer Berner Gesundheit

Die Berner Gesundheit ist im Auftrag des Kantons tätig. Das Abbaupaket des Regierungsrates sieht vor, dass im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention 1.4 Mio. eingespart werden. Was heisst das für Ihre Dienstleistungen?

Als grösste Organisation in diesem Bereich wären wir von den Einsparungen am stärksten betroffen. Wir müssten die Präventionsleistungen um bis zu einem Drittel kürzen. Für Schulen, Gemeinden und weitere Organisationen wäre ein solcher Leistungsabbau direkt spürbar. Die gesamtgesellschaftlichen Folgen, die aus einer Zu-

nahme von Suchtproblemen entstehen, betreffen uns letztlich alle.

**Der Bericht des Regierungsrates weist darauf hin, dass die Strukturkosten im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention im Vergleich zu anderen Kantonen überdurchschnittlich sind. Wie erklären Sie sich das?**

Die Behandlung von Suchtkranken ist sehr zeit- und kostenintensiv. Jedes Suchtproblem, das verhindert oder vermindert werden kann, erspart daher nicht nur viel Leid, sondern letztlich auch Kosten, welche die Allgemeinheit zu tragen hat. Als Pionierkanton im Bereich Prävention hat der Kanton Bern bereits früh erkannt, dass Suchthilfe nur dann nachhaltig

ist, wenn auch in die Prävention investiert wird. Entsprechend hat der Kanton Bern höhere Aufwände im Bereich Prävention als andere Kantone.

**Welche personellen Folgen hat es für Berner Gesundheit, falls der vorgeschlagene Leistungsabbau vom Grossen Rat gutgeheissen wird?**

Sollte das Sparpaket den Grossen Rat in dieser Form passieren, wären die negativen Auswirkungen erheblich. Ein Leistungsabbau würde auch einen Stellenabbau nötig machen – derzeit gehen wir von fünf bis acht Vollzeitstellen aus.

Interview: Angela Zihler

## Berner Gesundheit

Die Stiftung Berner Gesundheit engagiert sich für eine wirkungsvolle Gesundheitsförderung im Kanton Bern. Die Kernaufgaben sind Gesundheitsförderung und Prävention, Sexualpädagogik sowie Suchtberatung und Suchttherapie. Die Berner Gesundheit erbringt ihre Dienstleistungen im Auftrag der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion.

**öffentliche Spitex sei deshalb zumutbar. Wie stellen sie sich dazu?**

Das ist eine krasse Fehleinschätzung. Rein wirtschaftlich wird immer ein erheblicher Teil der Klientinnen und Klienten nicht rentabel sein. Schon nur aufgrund der kurzen Einsatz- und/oder der langen Wegzeiten. Aus volkswirtschaftlicher bzw. aus der Sicht der Prämien- und Steuerzahlenden lohnt es sich, in die ambulante Pflege zu investieren. Ansonsten erfolgt eine Verlagerung in die stationären Institutionen. Andere Kantone setzen deshalb stark auf die Spitex. Mit einer einzigen gesparten Übernachtung im Spital kann der Kanton gut und gern zwei Monate Spitex-Pflege einer Klientin finanzieren. Die Kosten

der Versorgungspflicht lässt sich im Übrigen berechnen. Eine Studie der Firma Polynomics hat bereits vor vier Jahren bestätigt, dass die Abgeltung des Kantons für diese Versorgungssicherheit eine lohnende Investition ist, für die Gesellschaft erst recht.

**Das Motto der öffentlichen Spitex lautet «Immer – überall – alle». Gilt das in Zukunft nicht mehr?**

Wir würden gerne das Motto aufrechterhalten. Dieses ist akut gefährdet. Werden die Beiträge gekürzt werden, muss die öffentliche Spitex ihre Kostenstruktur der Realität anpassen. Werden die Beiträge für die Versorgungspflicht gekürzt, wird ein Leistungsabbau unumgänglich.



Jürg Schläfli, Geschäftsführer Spitex Verband Bern

Die kantonale Gesundheitsdirektion stellt sich auf den Standpunkt, dass mit der Zunahme der privaten Spitex die flächendeckende Versorgung gewährleistet sei. Eine Halbierung der Grundvergütung an die

Im Gesundheitswesen machen die Personalkosten den Grossteil der Ausgaben aus. Welche Auswirkungen haben die Kürzungen für das Spitex-Personal?

Wir setzen alles daran, damit der Grosse Rat diese für Klienten, Gemeinden, Steuer- und Prämienzahlende wie auch für die Mitarbeitenden unsäglichen Kürzungen in der November-Session rückgängig macht. Wo und in welchem Ausmass das Sparpaket auf das Leistungsangebot der öffentlichen Spitex Auswirkungen hätte, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Ein Leistungsabbau wäre jedoch mit einem Personalabbau verbunden. Die Personalknappheit im Pflegebereich nimmt allerdings zu. Die öffentliche Spitex steht in Konkurrenz zu Spitälern, Heimen, privaten Organisationen und Rehas. Das qualifizierte Pflegepersonal findet heute, im Vergleich zu vielen anderen Berufen,

## Spitex Verband Bern

Dem Spitex Verband des Kantons Bern sind 50 öffentliche Spitex-Organisationen angeschlossen. Die öffentliche Spitex ist verpflichtet, die ambulante Versorgung sicher zu stellen. Dafür erhält sie vom Kanton eine Grundvergütung. Diese will der Regierungsrat von 16 Millionen Franken auf 8 Millionen Franken jährlich halbieren.



sehr leicht eine neue Anstellung. Die Arbeitgeber müssen dem Personal Perspektiven aufzeigen, um die Mitarbeitenden zu behalten.

Die Spitex wird eine attraktive Arbeitgeberin bleiben.

Interview: Angela Zihler

## Kürzungen im Bildungsbereich

Bst. Das «Entlastungspaket» EP2018 beinhaltet etliche Massnahmen, die wir im VPOD als «Bumerang-Massnahmen» bezeichnen: Die eingesparten Gelder führen direkt oder zeitlich verzögert zu mehr Kosten in anderen Bereichen. Zudem sollen Begleitmassnahmen zur Einführung des Lehrplan 21 (LP21) nicht umgesetzt werden. Ein paar widersinnige Beispiele:

Verzicht auf die Revision der Verordnung über die Ausbildungsbeiträge: Die Beitragslimite für die berufsvorbereitenden Schuljahre/Vorlehren hätte aufgehoben und die Einkommensfreibeträge für Familien- und Studentenbudgets hätte von CHF 4'800 auf CHF 6'000 erhöht werden sollen. Auf diese Änderungen wird verzichtet, was Einsparungen von CHF 2,6 Mio. zur Folge hat. Das Ziel «Stipendien statt Sozialhilfe» wird fallen gelassen. Das Stigma, Sozialhilfebezüger zu werden und damit auch die Schwelle, diese Gelder zu beantragen, bleibt bestehen.

Verzicht auf Aufstockung von Lektionen in der Sek I: Mit der Einführung des LP21 sollte im 8. und 9. Schuljahr ein abteilungsweiser Unterricht eingeführt werden, um die SchülerInnen in der Phase

des Berufseinstiegs individueller begleiten zu können. Einsparung CHF 1,2 Mio. (2019) bis CHF 5,5 Mio. (2021).

Reduktion IBEM-Pool: Seit der Einführung des Integrationsartikels ist allen Beteiligten klar, dass die zur Verfügung stehenden Lektionen viel zu gering bemessen sind. Dies führt zu Mehrbelastung der Lehrpersonen und der Fachkräfte – und zu kritischen Situationen in den Teams. Und: die tatsächliche Integration von Kindern mit mehr Förderbedarf ist gefährdet, Mehraufwand in den Heilpädagogischen Schulen ist zu erwarten.

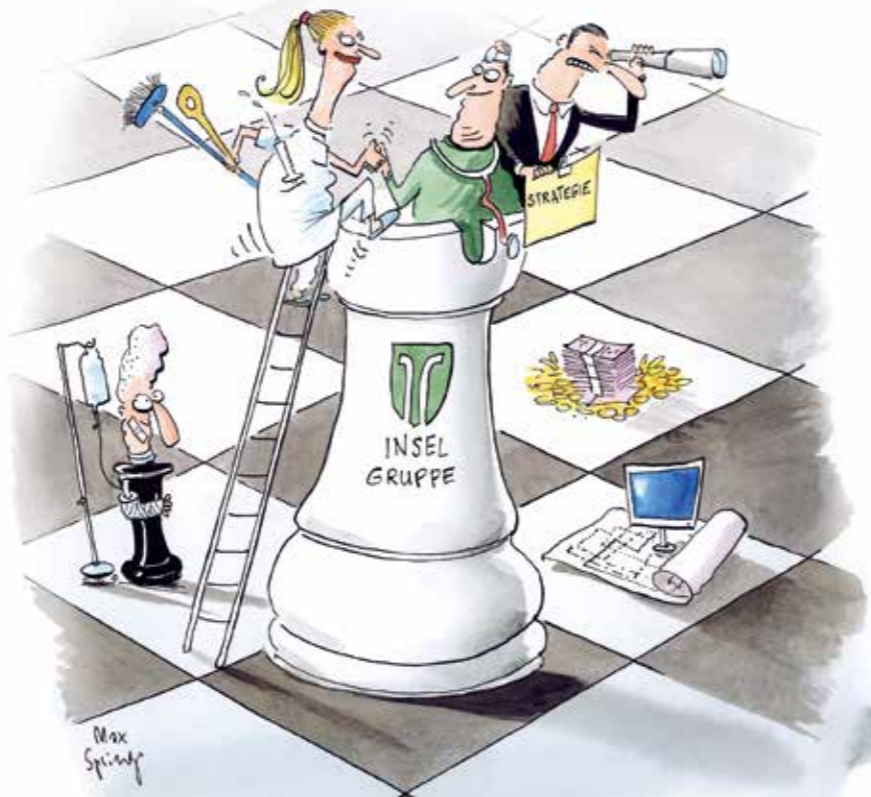
Finanzierung der Brückenangebote analog der Volksschule: Seit 1998 bezahlt der Kanton die Brückenangebote zu 100%. Neu sollen die Gemeinden 30% der Kosten übernehmen. Der Kanton würde so ab 2020 um CHF 10 Mio. pro Jahr entlastet. Es ist fraglich, ob die Gemeinden, insbesondere kleinere, die Finanzierung von Brückenangeboten übernehmen werden. Damit wird ein wichtiges Bildungsangebot, das wesentlich zu einer guten Abschlussquote in der Berufsbildung – und einer Entlastung der Sozialhilfe – beigetragen hat, aufs Spiel gesetzt.

# Führung FüR das Personal

Am 12.09. wollen wir die Petition «Neue Führungsstruktur Insel Gruppe SO NICHT!» übergeben. Treffpunkt: 16 Uhr auf der Roten Brücke (Übergang BHH – Kikli).

Gemunkelt wurde schon lange, dann kam im Frühling der Hammerschlag: Die Führung der Insel Gruppe sollte um eine «Konzernleitung» erweitert werden und Pflege und MTT-Berufe und die Direktion Personal sollten nicht mehr in diesem obersten Gremium vertreten sein. Auch die weiteren Ankündigungen lösten Verwirrung aus. Die Empörung und Verunsicherung der Angestellten führte in 3 Wochen zu über 3000 Unterschriften unter die Petition. Nach den heftigen Protesten ist der Verwaltungsrat teilweise auf seinen Entscheid zurückgekommen: Die Pflege- und MTT-Berufe sind in die Erarbeitung der neuen Führungsstruktur einbezogen worden. Sehr wichtig ist für den VPOD auch, dass der Verwaltungsrat zugesichert hat, dass es keine Auslagerungen geben wird: «Die Vermutung, es gehe hier um Auslagerung, weisen wir entschieden von uns», heisst es in einem Brief an uns Personalverbände. Die Insel Gruppe sei massgeblich am Zustandekommen des neuen GAV beteiligt und weiter: «Wir werden nicht den GAV dadurch unterlaufen, dass wir einzelne Betriebe verselbständigen.» Mit den Zusagen im Brief haben wir ein Zwischenziel erreicht. Aber wir wollen feste Zusagen und Antworten auf viele offene Fragen. Um den Druck aufrecht zu erhalten, bitten wir die MitarbeiterInnen bis am 11. September Unterschriften zu sammeln. Aktuelle Infos [www.bern.vpod.ch](http://www.bern.vpod.ch) Die VPOD-Gruppe Insel trifft sich regelmässig. Sie steht allen VPOD-Mitgliedern aus allen Standorten und Berufen offen. Wir suchen immer neue Mitglieder!

Bettina Dauwalder



Kommentar von Bettina Dauwalder

## Abgehobener Schachbrett-Entscheid

*Der Beschluss, Pflegefachpersonen und Fachkräfte wie Physiotherapeutinnen oder biomedizinische Analytiker von der obersten Führungsebene des Universitätsspitals und seiner angeschlossenen Stadt- und Landspitäler auszuschliessen, hat unter dem Personal der Insel Gruppe Empörung und in der ganzen Schweiz Kopfschütteln ausgelöst. Hier wurde ein Projekt ausgetüftelt, das völlig an der Arbeitsplatzrealität des Personals vorbeizieht. Zwar signalisiert man uns jetzt Entgegenkommen, aber der Verwaltungsrat und die bisherige Geschäftsleitung haben dem Ruf der Insel als attraktive Arbeitgeberin einen Bärendienst erwiesen.*

*Für uns wird es nun darum gehen, Pflege und MTT in der obersten Führungsspitze gleichwertig und auf Dauer zu etablieren. Aber für ein Spital ist es eigentlich ebenso zentral, dass die Direktion Personal auch vertreten sein müsste. Wir stellen immer wieder fest, dass vor allem die Spitäler kompetente Sozialpartnerinnen sind, die ihre oberste Personalführung in der Geschäftsleitung mitentscheiden lassen. In der Insel Gruppe, die noch immer eine schwierige Fusion zu verdauen hat, wäre das besonders wichtig.*

*Schliesslich muss die Insel Gruppe ihr «Frauenproblem» lösen: Null Frauen (!) sind in der neuen Konzernleitung vorgesehen, und auch auf der nächstunteren Ebene, den Geschäftsleitungen sind Frauen rar. In der Führungsetage einer angesehenen Institution mit 10'000 Angestellten – davon sind fast 80 Prozent weiblich – müssen Frauen besser vertreten sein. Weiter regt der VPOD schon lange an, dass die Insel Gruppe die Löhne nach Diskriminierungen untersuchen sollte. Es wäre äusserst interessant zu sehen, was die Leiterinnen Pflegedienst, denen in Kliniken zum Teil 300 Mitarbeitende unterstehen, im Vergleich zu den Herren oben auf dem Turm verdienen.*

# 2 x JA am 24. September

Der Vorstand der Pensioniertengruppe VPOD Bern Kanton & Bundespersonal sagt klar JA zur Altersvorsorge 2020 und empfiehlt allen Kolleginnen und Kollegen, am 24. September 2017 ebenfalls zweimal ein JA in die Urne zu werfen.

Erstmals seit 42 Jahren werden die AHV-Renten real erhöht. Mit einem JA zur Altersvorsorge 2020 ist die Finanzierung der AHV bis mindestens 2030 gesichert. Auch wenn wir als aktive RentnerInnen von der geplanten Erhöhung der Renten um 70 Franken nicht werden profitieren können, (die Erhöhung ist nur für neue Renten als Kompensation für die Kürzung des Umwandlungssatzes bestimmt) so sind wir trotzdem gerne solidarisch mit der aktiven Bevölkerung und den Jungen. Immerhin gilt für uns der Besitzstand!

Die Vorlage ist ein Kompromiss aus langwierigen und äusserst zähen Verhandlungen zwischen den jeweiligen Interessenvertretungen, hier die Bürgerlichen, da die Linken. Jede Seite musste dabei teils schmerzhaft Konzessionen machen, denken wir nur an die Erhöhung des Rentenalters für die Frauen. Bei einem Nein bleibt ein Scherbenhaufen zurück und jede neue Vorlage wird für uns nur noch mehr Verschlechterungen bringen – beispielsweise Kürzun-

gen der bestehenden Renten oder die Erhöhung des Rentenalters auf 67 – und insbesondere noch teurer werden!

Für manche RentnerInnen wird die AHV auch in Zukunft die wichtigste Einkommensquelle sein. Deshalb darf die AHV nicht noch weiter geschwächt werden, sonst profitieren nur Privatversicherer,

Anlageberater und Personen mit sehr hohen Einkommen. Also, folgen wir unserem Bundesrat Alain Berset, honorieren wir seine grosse Arbeit und legen am 24. September 2 x ein überzeugtes JA in die Urne!

Jürg Küffer,  
Präsident Pensioniertengruppe

### Altersvorsorge 2020 in Kürze

AHV-Rente	Zuschlag 70 Fr. für alle, mehr für Ehepaare
Rentenalter	Frauen 65, flexibler Bezug 62-70
Umwandlungssatz	Senkung von 6.8 auf 6% für obligat. Teil
2. Säule	Rentengarantie ab 45
	Verbesserung bei Teilzeitarbeit
Finanzierung	MWSt: +0.3%, IV-Beitrag in AHV
	Lohnbeitrag AG/AN je +0.15%
	Reform sichert die AHV-Renten

## 18.10.: Infoanlass Rentenreform

Was bedeutet die Altersvorsorge 2020 für mich? Diese Frage klären wir mit Stefan Geissbühler, Sozialversicherungsfachmann an einer Abendveranstaltung am 18. Oktober 2017 um 18h im Hotel Bern. Die VPOD-Veranstaltung findet nur statt, wenn die Rentenreform am 24.9. angenommen wird. Details folgen auf [www.vpodbern.ch](http://www.vpodbern.ch).

### Anmeldung – Bestellung – Mitgliedschaft

## Talon

Bestellungen und Anmeldungen auch an: [info@vpodbern.ch](mailto:info@vpodbern.ch)

- Schickt mir folgende Anzahl Flyer für die Mitgliedergewinnung:
  - Bund,  Personnel fédéral,  Enseignant-e-s,  Musiklehrkräfte,
  - Dipl. Pflege HF/FH,  FaGe,  AGS,  Personnel hospitalier,
  - FaBe Behinderte,  FaBe Kinder,  Branche: \_\_\_\_\_
- Der VPOD interessiert mich. Schickt mir bitte Informationsmaterial.
- Ich möchte dem VPOD beitreten.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-mail \_\_\_\_\_

Beruf \_\_\_\_\_ Arbeitsort \_\_\_\_\_

Einsenden an: VPOD Bern, Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern  
Telefon 031 371 67 45, Fax 031 372 42 37, E-mail: [info@vpodbern.ch](mailto:info@vpodbern.ch)



Impressum  
Verband des Personal öffentlicher Dienste  
VPOD Bern Kanton und VPOD Bern Bundespersonal  
Redaktion: Christof Jakob  
Gestaltung: Trans-Form  
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG

# Veranstaltungen

## 11. September: Protestaktion STOPP Abbau

Der Berner Regierungsrat schlägt 150 Abbau-Massnahmen vor und will dafür die Gewinnsteuern für Grosskonzerne senken. Dagegen wehren sich der VPOD und die Personalverbände und rufen alle auf, an der Protestaktion teilzunehmen.

Montag, 11. September 16.45-18.00 Uhr  
Münsterplatz Bern

## 12. September: Insel – SO NICHT!

Übergabe der Petition gegen die neue Führungsstruktur für die Insel Gruppe (Artikel Seite 6).

Dienstag, 12. September 2017, 16.00 Uhr  
Bern, Inselareal, genauer Ort wird noch bekanntgegeben ([www.bern.vpod.ch/kalender](http://www.bern.vpod.ch/kalender)).

## 14. September: Arbeitsgruppe Psychiatrie

Mittagessen und Austausch in der nationalen Arbeitsgruppe Psychiatrie. Für Mitglieder übernimmt der VPOD Reisekosten und Mittagessen.

Donnerstag, 14. September 13.00 Uhr  
Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern.

## 14. September: Tarpsy in der Psychiatrie

Ab 1.1.2018 müssen auch alle psychiatrischen

Institutionen in der Schweiz mit einem Pauschal-system abrechnen. Magdalena Berkhoff (ehemalige Chefärztin der Psychiatrischen Klinik ugersee) gibt einen Einblick in die Schweizer Psychiatrie von heute und zeigt auf, was mit Tarpsy auf PatientInnen und Mitarbeitende zukommt.

Donnerstag, 14. September, 16.00 Uhr  
Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern

## 18. Oktober: Was bedeutet die Rentenreform für mich?

Siehe S. 7. Die Veranstaltung findet nur bei Annahme der Altersvorsorge 2020 am 24. September statt.

Mittwoch, 18. Oktober, 18.00 Uhr  
Hotel Bern/Volkshaus, Zeughausgasse 9, Bern

## 19./20. Januar 2018: Frauenkongress

Thema am Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) ist «Unsere Zeit ist mehr wert!». Es braucht neue Ideen für die Organisation der bezahlten und unbezahlten Arbeit.

Freitag/Samstag 19./20. Januar 2018 in Bern.  
Bitte via VPOD anmelden.

**Mehr Infos sowie Termine Treffen der VPOD-Gruppen auf [www.bern.vpod.ch](http://www.bern.vpod.ch)**

# Aktuell

## ■ *Neue Branchenflyer des VPOD*

Der VPOD ist daran, die Prospekte für die Mitgliederwerbung neu und einheitlich zu gestalten. Aktualisiert sind bisher folgende Flyer:

- Engagement für das Bundespersonal
- Engagement pour le personnel fédéral
- Pour les enseignant-e-s
- Musikunterricht stärken – gute Arbeitsbedingungen
- Dipl. Pflegefachfrau/Pflegefachmann HF/FH
- Fachfrau/Fachmann Gesundheit (FaGe)
- Assistent/in Gesundheit und Soziales (AGS)
- Pour le personnel hospitalier
- Fachfrau/Fachmann Betreuung (FaBe) – Behindertenbetreuung
- Fachfrau/Fachmann Betreuung (FaBe) – Kinderbetreuung

Bestellt doch per Telefon, E-Mail, Fax oder Talon (alle Angaben auf Seite 7) die neuen Flyer oder bisherige Prospekte anderer Branchen und drückt sie Euren Arbeitskol-

legInnen mit ein paar aufmunternden Worten in die Hand. Euer Einsatz für die Stärkung des VPOD wird mit einer Prämie von 100 Franken pro gewonnenes Neumitglied honoriert. MERCI!

## ■ *Rücktritt von Regierungsrat Pulver*

Dass Regierungsrat Pulver nach einer 12jährigen Amtszeit als Direktor der Erziehungsdirektion des Kantons Bern zurücktritt, bedauert der VPOD Bern Kanton sehr. Bernhard Pulver verstand es, Reformen in der Bildungspolitik im Dialog mit den Lehrpersonen umzusetzen und damit die Bildungspolitik zu beruhigen. Seine Arbeitsweise war aus Sicht der VPOD Ausdruck seines Respektes und seiner Anerkennung gegenüber der Arbeit der Lehrpersonen. Der VPOD dankt Herrn Pulver für seine transparente Arbeitsweise und seine Offenheit gegenüber personalpolitischen Anliegen. Für den VPOD war Bernhard Pulver ein verlässlicher Partner.